

Schweizerische Post schliesst weiter Filialen und kürzt Dienstleistungen

Die Post muss die Preise erhöhen und gleichzeitig Sparmassnahmen treffen. Das hat Auswirkungen auf die Randregionen.

Raniero Clausen

Kundinnen und Kunden der Schweizerischen Post müssen ab 2024 wieder tiefer ins Portemonnaie greifen. A- und B-Briefe werden je zehn Rappen teurer, kosten neu 1.20 Franken für A-Standard und B-Post 1 Franken. Die Preise für Pakete werden ebenfalls teurer. Ein Economy-Paket bis zu zwei Kilogramm kostet 9.50 und ein Priority-Paket neu 10.50 Franken: ein Zuschlag von je 1.50 Franken.

Die letzte Preiserhöhung ist noch nicht lange her. Vor einem Jahr erhöhte die Post erstmals seit 18 Jahren die Preise. Begründung damals waren die gestiegenen Kosten für die Zustellung und die Teuerung. Die letzte Paket-Preiserhöhung liegt indes weniger lang zurück. Mit den aktuellen Zuschlägen wälzt die Post nun die Kosten auf die Kundinnen und Kunden ab.

Durch die Rückgänge der Briefzustellungen und Dienstleistungen in den Filialen könne die Post die Zusatzkosten nicht mehr allein stemmen, lässt sich Postchef Roberto Cirillo in einer Medienmitteilung zitieren. Auf der einen Seite erhöht die Post die Preise, auf der anderen wird das Dienstleistungsangebot zunehmend gestrafft. Ist das nicht eine problematische Entwicklung?

«Nein», findet Thomas Egger, Direktor der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB). Ziel müsse sein, dass die Post die Leistungen der Grundversorgung mit eigenen Kräften erbringen könne, ohne staatliche Abgeltungen in Anspruch zu nehmen. Solange die Preise moderat erhöht werden, sieht Egger kein Problem beim Zuschlag. Ihm bereitet indes eine andere Entwicklung Sorgen.

Im Rahmen der von der Post angestrebten Strategie zum Post-



Die Post gerät immer wieder ins Visier harscher Kritik.

Bild: pomona.media/Alain Amherd

netz der Zukunft werden Filialen laufend auf die Rentabilität überprüft. 2020 kommunizierten die Verantwortlichen, bei 800 eigenbetriebenen Postfilialen in der gesamten Schweiz zu bleiben. Nun sind es noch 772. Diese Verfehlung der Ziele findet Egger problematisch – insbesondere für die Randregionen.

Dazu schreibt die Post: «Wenn wir von «rund» 800 Filialen sprechen, kann die Anzahl auch darunterliegen. Einzelne Umwandlungen – selbstverständlich immer in Absprache mit den Gemeinden – sind auch in Zukunft noch möglich.» Wie beispielsweise die Filiale in Simplan Dorf. Diese wird auf Wunsch

der Gemeinde in naher Zukunft zu einer Partnerfiliale umgewandelt. Weitere Schliessungen oder Umwandlungen seien im Oberwallis aber momentan nicht geplant, so die Post.

Ein weiterer Kritikpunkt für Egger ist die Zustellung. Die Post sei per Postverordnung dazu verpflichtet, werktags bis 12.30 Uhr Briefe und Zeitschriften in die jeweiligen Haushalte zu liefern, sagt Egger. «Dieser gesetzliche Auftrag wird nicht überall eingehalten.»

Derweil schreibt die Post auf Anfrage, die Zustellzeiten seien an einzelne Produkte geknüpft. Diese würden schweizweit gelten – auch für das Oberwallis.

Um welche Uhrzeit die Postsendungen im Briefkasten zugestellt sein müssen, sei indes nicht gesetzlich geregelt. Die Post wird in der Verordnung einzig dazu verpflichtet, «in Gebieten ohne Frühzustellung abonnierte Tageszeitungen bis spätestens 12.30 Uhr zuzustellen». Und zwar zu 95 Prozent. Dieser Wert ist jährlich und schweizweit einzuhalten.

Deshalb, schreibt die Post, stehe es ihr frei, ihre Zustellung so effizient wie möglich zu gestalten. Weiter schreibt sie: «Vereinzelt kann es trotzdem zu Verspätungen kommen.» Gerade in ländlichen Regionen – wie dem Oberwallis – oder mit grossen Distanzen zu den Sortierzen-

tren könne es zu Verspätungen kommen.

Fokussiert sich die Schweizerische Post zu sehr auf Sparmassnahmen und Zukunftspläne statt auf den gesetzlichen Auftrag? «Um den gesetzlichen Auftrag langfristig sicherzustellen, muss die Post auch einen Blick in die Zukunft wagen», schreibt sie. Wachstum und Investitionen ins digitale Geschäft seien zentrale Elemente in der Strategie, um den sich verändernden Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht zu werden. Aber auch die Preis- und Sparmassnahmen aufgrund der anhaltenden Rückgänge der Briefmengen und der Geschäfte am Postschalter seien notwendig.

«Die Post hält ihren gesetzlichen Auftrag nicht überall ein.»



Thomas Egger
Direktor SAB

Einen anderen Lösungsvorschlag sieht derweil Thomas Egger: Auch der Bund als Eigner der Post könne einen Beitrag dazu leisten, die finanzielle Situation der Post zu verbessern. Dazu könnte der Bund auf eine Dividendenausschüttung durch die Post verzichten. «Die Post liefert aktuell dem Bund jedes Jahr 50 Millionen Franken an Dividenden ab, die im allgemeinen Bundeshaushalt verschwinden. Würden die Mittel bei der Post bleiben, so könnten sie auch zur Finanzierung der Grundversorgung eingesetzt werden», sagt Egger. Inwiefern dieser Vorschlag politischen Rückhalt erhält, ist derzeit noch offen.

So will der Kanton beim Deibfelstunnel sparen

Die Offerten für den Bau des Deibfelstunnels überschritten das Budget bei Weitem, hiess es seitens Kanton. Jetzt wird neu ausgeschrieben.

Léonie Hagen

Die Saastalstrasse gehört zu den gefährlichsten Strassen im Oberwallis. Immer wieder kommt es darauf zu Steinschlägen, insbesondere beim Deibfels auf dem Gebiet der Gemeinde Eisten. Bisher schützten kilometerlange Steinschlagnetze vor der Gefahr. In Zukunft soll das ein 650 Meter langer Tunnel zwischen Stalden und Eisten tun.

Doch der Deibfelstunnel wird teuer. Anfangs gingen die Verantwortlichen noch von rund 56 Millionen Franken aus. Dann von 60 Millionen. Dann wurde das Projekt ausgeschrieben – die niedrigsten Offerten begannen bei etwa 82 Millionen Franken, Mehrwertsteuer inklusive. Zu teuer, befand der Kanton. Und brach das Verfahren

im Juni ab. Das Projekt müsse überarbeitet werden.

Jetzt steht fest: Im September will man die Baumeisterarbeiten neu ausschreiben. Man habe die Ausschreibung optimiert, um Einsparungen zu ermöglichen, sagt Anton Karlen, Adjunkt der kantonalen Dienststelle für Mobilität.

Einerseits habe man das Konzept für die Materialbewirtschaftung angepasst. Das heisst: Das ausgehobene Gestein soll anders verteilt werden.

Für dessen Lagerung waren verschiedene Standorte in der Region vorgesehen. Einer dieser Standorte – die Deponie Goler – entfällt. Ein weiterer Standort stehe nur eingeschränkt zur Verfügung. Deshalb will man nun mehr Material an die Bauunternehmen selbst abgeben. Da-

bei handle es sich um «sauberes Ausbruchmaterial mit einheitlicher Geologie», so Karlen. Um Gestein also, das die Unternehmen lagern und für andere Zwecke weiterverwenden könnten. Für den Kanton wird das günstiger, als wenn er das Material selbst endlagern müsste.

Einsparen durch «Optimierungen»

Auch die Ausbruchssicherung soll bei der neuen Ausschreibung angepasst werden. Man hat also die Sicherung angepasst. Konkret habe man die Verankerung der Felsen an den Stellen, wo ausgebrochen wird, überdacht. Dafür habe man andere, angepasste Ankertypen gewählt als in der ersten Ausschreibung. Diese würden von mehr als einem Lieferanten herge-

stellt. Und seien damit günstiger. Es gebe natürlich immer verschiedene Lösungen, sagt Karlen: «Wir haben versucht, die optimalste zu finden.»

Drittens und letztens will der Kanton bei den Installationsplätzen sparen. Das sind die Plätze, auf welchen Container aufgestellt, Fahrzeuge parkiert oder Sicherungs- und Arbeitsmaterial gelagert wird. Einige der Plätze wären auch für Sitzungszimmer und Sanitärcontainer vorgesehen. Diese Plätze sollen redimensioniert werden.

Das heisst konkret: Ein Platz wird nicht mehr als Personalplatz, sondern nur noch als Materiallager eingeplant. Würden sich auf dem Platz dauernd Personen aufhalten, so bräuchte es zusätzliche Sicherheitsmassnahmen. Wird er «nur noch»

für Material genutzt, entfällt ein Teil dieser Vorgaben. Und damit auch ein Teil der Kosten. Sollte das beauftragte Unternehmen weitere Plätze benötigen, müsste es sich diese selbst suchen. Das sei aber nicht ungewöhnlich, so Karlen.

5 bis 10 Prozent weniger Kosten?

Mit diesen Anpassungen sollen die Kosten für den Deibfelstunnel sinken, ohne bei der Sicherheit sparen zu müssen. Im Vergleich zu den vorherigen 82 Millionen erhoffen sich die Verantwortlichen Einsparungen von bis zu zehn Prozent. Die steigenden Baupreise sind dafür noch nicht relevant, so Karlen. Die tatsächliche Teuerung werde von den Unternehmern berücksichtigt. Anschliessend werde die Dif-

ferenz seitens der Bauherrschaft separat berechnet.

Trotz der abgebrochenen Ausschreibung hält Anton Karlen am Zeitplan fest: Sofern keine Einsparungen zur Arbeitsvergabe eintreffen, soll der Deibfels bis spätestens Ende 2028 fertiggestellt sein.

Bis dahin wird das Gelände dauernd überwacht und kontrolliert. Und die Saastalstrasse weiterhin mit Netzen gesichert. Diese reichen für die Bauarbeiten noch nicht aus. Eine erste Serie zusätzlicher Netze wurde deshalb bereits montiert. Eine zweite Serie für das Nordportal des Tunnels hat der Kanton vergangene Woche ausgeschrieben. Sie sollen ab diesem Herbst erstellt und vor den ersten Aushubarbeiten im nächsten Jahr fertig sein.